

Nr. 98 - 26.10.2006
11. Jahrgang

rot!ation

Publikation der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Aus dem Inhalt

Studiengebühren
Das letzte Gefecht
--> S. 3

Ausgeraucht!
Das Rauchverbot schlägt zu.
--> S.5

Generation Praktikum 5 Jahre Hochschulstudium und dann?

Praktika sind sinnvoll und wichtig – das wissen wir alle. Bieten sie doch zum einen die Möglichkeit, einen Praxisbezug zum meist doch sehr theoretischen Studium herzustellen und andererseits die Chance sich für kurze Zeit in einen Beruf hinein zu lernen und hinein zu denken und so Berufsperspektiven zu entwickeln. Nicht zu vergessen: zugegebenermaßen wohl auch um den ein oder anderen nützlichen Kontakt zu knüpfen. Also absolvieren wir alle brav während des Studiums Praktikum für Praktikum.

Doch wie sieht es nach dem Studium aus? Sollten Praktika für eineN HochschulabsolventIn nicht eigentlich passé sein? Seit einiger Zeit mehren sich die Hinweise der Medien und einzelner Interessengruppen, die auf die prekäre Situation von HochschulabsolventInnen aufmerksam machen. Zudem ist im Juli eine von über 48.000 Personen unterzeichnete Petition im Bundestag eingegangen (eine "Durchschnittspetition" bringt es meistens nur auf mehrere 100 UnterzeichnerInnen), in der eine Praktikumsvergütung und

eine Begrenzung von Praktika auf 3 Monate gefordert werden. Die Petition wird voraussichtlich Anfang November im Bun-



destag angehört werden. Sie alle beklagen, dass AbsolventInnen es trotz guter Leistungen immer schwieriger haben, eine Festanstellung zu bekommen und sich deshalb von Praktikum zu Praktikum (natürlich meist unvergütet) hangeln müssen.

Die Arbeitslosenquote für AkademikerInnen liegt zwar immer noch vergleichsweise niedrig, verschiedene Statistiken lassen aber vermuten, dass es für AbsolventInnen schwieriger geworden ist, direkt nach dem Studium eine feste Vollzeitanstellung zu finden. Besonders AkademikerInnen ohne Berufserfahrung haben es schwer. Bei 63,8% aller Stellenangebote wird Berufserfahrung in der ausgeschriebenen Tätigkeit vorausgesetzt, nur 0,8% (Tendenz: abnehmend) der Stellenausschreibungen richten sich ausschließlich an Berufsneulinge. Die Zahl der Praktika, die ausschließlich für AbsolventInnen ausgeschrieben werden steigt stetig.

■ Die Mär vom Lernen

Nahe liegt der Verdacht, Stellen für Berufsneulinge würden neuerdings mit PraktikantInnen besetzt. Auch diverse Berichte in den Medien belegen, dass es Fälle gibt, in denen PraktikantInnen als billige Arbeitskräfte missbraucht und statt einer festen Anstellung in unbezahlte Praktika gedrängt werden.
Fortsetzung auf Seite 2

Belastbare Daten gibt es leider zu diesem Thema bisher nicht, für Februar 2007 wird aber eine Studie des DGB dazu erwartet.

Fest steht, dass das Gesetz das Praktikumsverhältnis als "Lernverhältnis" definiert und es nicht rechtmäßig ist, wenn Unternehmen PraktikantInnen als billige und anspruchlose Arbeitskraft einplanen und ausnutzen. Schlimm genug, dass Unternehmen anscheinend geltendes Recht ignorieren. Zudem scheinen aber leider auch viele PraktikantInnen ihre Rechte nicht zu kennen bzw. nicht einzufordern. So kann einE PraktikantIn, wenn sie/er vergleichbare Leistungen wie die Angestellten erbringt auch im Nachhinein noch eine angemessene Vergütung einklagen.

■ Prekär?

Auch gibt es feste Regelungen zu Arbeitszeiten, Pausen und sogar Anspruch auf mindestens zwei Tage Urlaub im Monat. Ebenso hat jedeR PraktikantIn ein Recht auf ein Praktikumszeugnis und wenn dieses ungernechtigt schlecht ist, kann sie/er auch gerichtlich dagegen vorgehen. Natürlich schrecken Aufwand und Kosten eines gerichtlichen Verfahrens und daraus möglicherweise entstehende Nachteile von solchen Schritten ab.

Bei Fragen zur Antragstellung berät aber die Rechtsberatung der Gerichte und wer die nötigen finanziellen Mittel nicht aufbringen kann, dem/der steht der Weg zur Prozesskostenhilfe offen. Alternativ sagt der DGB angeblich seine Unterstützung bei Erfolg versprechenden Klagen zu.

Erfreulicherweise gibt es auch von Staatsseite aus bereits Bemühungen der prekären Situation von HochschulabsolventInnen Abhilfe zu verschaffen. So hat Bundesarbeitsminister Franz Müntefering angekündigt, sich für die "Generation Praktikum" zu engagieren und den rechtlichen Rahmen prüfen zu lassen. Ab Ende November wird eine Informationsseite zu den wichtigsten rechtlichen Fragen zum Thema Praktikum auf den Seiten des Bundesministeriums für Arbeit (www.bmas.bund.de) zur Verfügung stehen. Zudem gibt es eine Initiative (www.karriere.de/fair-company), die unter Schirmherrschaft des Bundesarbeitsministers nach bestimmten Kriterien Unternehmen, die "Absolventen echte Chancen bieten - statt sie als Dauerpraktikanten zu verheizen" ein Gütesiegel verleiht. Auf ihrer Website sind die von ihr ausgezeichneten Unternehmen aufgelistet.

■ Wehrhaft?

Außerdem hat sich mittlerweile auch eine Interessenvertretung der HochschulabsolventInnen gegründet. Der "Fairwork Verein" (www.fairwork-verein.de) will auf die Situation der HochschulabsolventInnen auf dem Arbeitsmarkt aufmerksam machen und die ihnen gebotenen schlechten Arbeitsbedingungen nicht akzeptieren.

Der Erfolg dieser Initiativen bleibt abzuwarten, denn es scheint immer noch zu oft vor zu kommen, dass PraktikantInnen ihre schlechten Arbeitsbedingungen für ein paar Kontakte in die Berufswelt, ein gutes Praktikumszeugnis und die

Hoffnung auf eine Festanstellung akzeptieren. Seien wir, die AbsolventInnen von morgen, von vornherein informiert und selbstbewusst genug, unsere Rechte einzufordern und uns gar nicht erst ausbeuten zu lassen.

■ Göttingen nicht besonders exzellent

Am 13. Oktober wurden die Ergebnisse der Exzellenzinitiative verkündet. In Göttingen wird in der Förderlinie zwei für Exzellenzcluster der Ausbau des Forschungszentrums Molekularphysiologie des Gehirns gefördert. Weitere Anträge wie die Göttinger Graduiertenschule für Geistes- und Kulturwissenschaften und die Errichtung eines Zentrums für funktionale Biodiversitätsforschung sind hingegen in der ersten Runde gescheitert.

Uni-Präsident Kurt von Figura lobte die Leistungen des ausgezeichneten Exzellenzclusters, bezeichnete das gesamtuniversitäre Abschneiden jedoch als „in keinsten Weise befriedigend“. Nun macht man sich Hoffnungen für die nächste Runde, in der Göttingen vier Antragsskizzen eingereicht hat. Aus der Politik wurde Kritik am Ergebnis laut, liegen doch die meisten erwählten Unis im Süden, zwei der neuen „Eliteuniversitäten“ zudem in München. Gerech ist das nicht, doch Elitenförderung – man mag von ihr halten, was man will – hat mit Gerechtigkeit unbestrittener Maßen nichts zu tun.

Auf zum letzten Gefecht!

Studiengebühren boykottieren

Alle Studierenden an den niedersächsischen Hochschulen müssen ab dem Sommersemester 2007 allgemeine Studiengebühren bezahlen. Die heutigen ErstsemesterlerInnen haben bereits die 500,- Euro aufgebracht – zusätzlich zum Semesterbeitrag von derzeit 175,69 Euro. Erschreckenderweise gewinnen die Gebühren selbst unter den Studierenden teilweise an Akzeptanz – oder werden zumindest stillschweigend erduldet.

■ Warum jetzt noch aufbegehren?

Was Demonstrationen, Besetzungen, Streiks und politische Appelle nicht leisten konnten, soll nun ein Boykott der Studiengebühren leisten: So starken Druck auf den Landesgesetzgeber auszuüben, dass die sog. Studienbeiträge zurückgenommen werden. Die Vorbereitungen für den Studiengebührenboykott, an denen der AStA und die hochschulpolitischen Gruppen (außer dem RCDS) mitwirken, laufen nicht nur an der Universität Göttingen. Auch die anderen ASten in Niedersachsen wollen einen Boykott organisieren (u. a. der AStA Hannover. Infos dazu auf www.studiengebuehrenboykott.de). Ein erfolgreicher Boykott wird der Landesregierung zeigen, dass allgemeine Studiengebühren politisch nicht durchsetzbar sind.

Je mehr Studierende sich zunächst an den einzelnen

Schritten zum Boykott (s. Grafik) beteiligen werden, desto größer ist die Präsenz in den Medien und im öffentlichen Bewusstsein. Solange gegen Studiengebühren protestiert wird, bleibt der Druck auf deren BefürworterInnen im Landtag aufrechterhalten. Die niedersächsische SPD hat auf ihrem Parteitag im November 2005

beschlossen, im Falle eines Wahlsiegs bei den Landtagswahlen 2008 die Studiengebühren wieder abzuschaffen.

Damit diese Front nicht zerfällt, muss der öffentliche Protest weitergeführt werden. In den nächsten Wochen und Monaten gilt es, ZweiflerInnen und BefürworterInnen von Studiengebühren davon zu überzeugen, dass deren vermeintlichen Vorteile einer kritischen Betrachtung nicht standhalten.

■ So funktioniert der Boykott

Vom 28. bis 30. November sind alle Studierenden aufgerufen, an der Urabstimmung für den Studiengebührenboykott teilzunehmen. Sprechen sich mindestens 15 % der Studierenden (das sind rund 3.600 Ja-Stimmen) dafür aus, wird der AStA einen

Anwalt mit der Eröffnung eines Treuhandkontos beauftragen. Anstelle für die Rückmeldung im Februar 2007 den vollständigen Gebührenmix an die Universität zu überweisen, sollen die Studierenden nur den Semesterbeitrag bezahlen (Verwaltung, Studentenwerk, Semesterticket). Die 500,- Euro Studiengebühren fließen hingegen auf das Treuhandkonto. Laut Niedersächsischem Hochschulgesetz (§ 19 Abs. 3 Nr. 3 NHG) muss die Uni Studierende exmatrikulieren, die ihre Beiträge nicht vollständig bezahlt haben. Allerdings geht das nicht ohne vorherige Mahnung und Androhung des Rauswurfs. Diese wird also abgewartet. Sollten sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht genügend Studierende an dem Boykott beteiligt haben, dann überweist der Anwalt die Studienbeiträge fristgerecht an die Universität. Somit sind alle ordnungsgemäß rückgemeldet – der Boykott allerdings geplatzt.

Spannend wird es, wenn ein großer Teil der Studierenden die 500,- auf das Treuhandkonto überweist und somit nicht rückgemeldet ist. Wird die Universität dann wirklich alle BoykottiererInnen exmatrikulieren? Kann die Landesregierung tatenlos zusehen, wenn mehrere Tausend Studierende von der Universität geworfen werden, ohne sich ins völlige politische Abseits zu stellen? Es muss allerdings erwähnt werden, dass jede/r Studierende das Recht hat, seine/ihre 500,- Euro



jederzeit vom Treuhandkonto zurückzufordern, an die Uni zu überweisen und so der Gefahr einer Exmatrikulation zu entgehen. Das wäre zwar höchst unsolidarisch – könnte aber passieren.

Aufgrund dieser Unsicherheiten stellt sich die Frage nach Sinn und Erfolgsaussichten eines solchen Boykotts. Jede/r muss sich selbst fragen, ob er/sie bereit ist, dieses Risiko einzugehen, damit das Hochschulstudium auch in Zukunft gebührenfrei bleibt.

Hochschulpakt für Qualitätsoffensive in der Lehre nutzen

Die Ankündigungen der Ministerinnen und Minister sind von Mutlosigkeit geprägt und zeigen, dass die Dramatik der Situation noch nicht erkannt wurde. Bundesweit gerade einmal 40.000 neue Studienplätze schaffen zu wollen, obwohl bis zu 700.000 junge Menschen zusätzlich an die Hochschulen wollen, ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir benötigen stattdessen wirksame Maßnahmen zur Stärkung der Lehre - und zwar qualitativ wie quantitativ. Nicht nur mehr Studienplätze sind dringend notwendig, sondern eine Qualitätsoffensive in der Lehre ist mehr als überfällig.

Vor allem die Länder stehen in der Verantwortung, ihrer gestärkten Kompetenz im Hochschulbereich nun gerecht zu werden. Dazu müssen sie Geld in die Hand nehmen und umgehend mit dem Ausbau der Lehrkapazitäten und der Verbesserung der Betreuungsverhält-

Dabei sollte ebenfalls eine Rolle spielen, ob mangelnder Protestwille im Rahmen der Einführung von Studiengebühren dazu beigetragen hat, dass es überhaupt soweit gekommen ist.

Egal, wie die persönliche Analyse ausfällt: Fakt ist, dass der AStA mit Zustimmung des StuPa Ende November eine Urabstimmung durchführen wird. Nutzen wir also die Chance, mit einer hohen Wahlbeteiligung und einem Ja für den Boykott zu zeigen, dass wir keine Studiengebühren wollen!

nisse an den Hochschulen beginnen. Sinnvolle Vorschläge wie die Doppelbesetzung von ProfessorInnenstellen - liegen auf dem Tisch. Einen Beitrag von mindestens 1 Mrd. Euro pro Jahr werden die Länder gemeinsam aufbringen müssen. Alles andere ist zu wenig!

Wenn Bundesbildungsministerin Schavan nun endlich einsieht, dass eine stetige, einseitige Stärkung der Forschung keinen Sinn macht, so kommt diese Einsicht spät - aber besser spät als nie. Das erfolgreiche Ganztagschulprogramm des Bundes hat gezeigt, dass die Bundesregierung durchaus wirksame Anstöße geben kann, die in den Ländern Lernprozesse in Gang setzen und zu eigenen bildungspolitischen Anstrengungen führen. In diesem Sinne muss der Bund neuen Schwung in die Verhandlungen bringen und eine Art Starthilfe für den Hochschulpakt geben.

Ausgezeichnet! Termine

*26. Oktober 2006, 18:15 - 20:00 Uhr,

GZMB Neubau: Großer Seminarraum*

Antragsskizze für eine Graduiertenschule der Universität Göttingen in der Förderlinie 1, zweite Runde der Exzellenzinitiative "Göttingen Graduate School for Neuro- and Molecular Biosciences (GGNB)"

*30. Oktober 2006, 18:15 - 20:00 Uhr,

Zentrales Hörsaalgebäude, Hörsaal 101*

Antragsskizze für ein Exzellenzcluster der Universität Göttingen in der Förderlinie 2, zweite Runde der Exzellenzinitiative "Kulturelles Erbe. Kanonisierung und Kritik"

*1. November 2006, 20:00 - 22:00 Uhr,

Zentrales Hörsaalgebäude, Hörsaal 101*

Vorstellung der Antragsskizze für Zukunftskonzept der Universität Göttingen Förderlinie 3, zweite Runde der Exzellenzinitiative

"Göttingen Tradition - Innovation - Autonomy Institutional Strategy to Promote Top-Level Research"

*2. November 2006, 18:15 - 20:00 Uhr,

Zentrales Hörsaalgebäude, Hörsaal 101*

Antragsskizze für eine Graduiertenschule der Universität Göttingen in der Förderlinie 1, zweite Runde der Exzellenzinitiative "Göttingen Graduate School of Terrestrial Ecosystems (GGTE)"

Rauchverbot!

Versuch einer Meinungsbildung

Ja endlich! -

■ Helmut Schmidt und die Gesundheitsmafia

Helmut Schmidt dürfte wohl als Einziger noch ungestraft in den Räumlichkeiten des Studentenwerks seiner Nikotinsucht fröhnen dürfen. Allen anderen ist es ab sofort verboten. Tatsächlich sprechen viele Argumente für ein striktes Rauchverbot.

Wenn die Kleidung nach dem Aufenthalt in einer Cafeteria nach Rauch stinkt, ist das wohl noch das geringste Übel. Denn der blaue Dunst überdeckt weit- aus unangenehmere Gerüche wie Friteusenfett, Schweiß oder den Duft von Wachsjacken. Schwerwiegender ist die Tatsache, dass Räume, in denen geraucht wird, weitaus häufiger renoviert werden müssen. Das schärfste Argument stellt schließlich die Gesundheitsgefährdung durch Zigarettenqualm dar. Der Gesundheitsausschuss im Europäischen Parlament stellte jüngst fest, dass in Deutschland 380 Menschen durch die Folgen des Rauchens ihr Leben verlieren – jeden Tag. Diese Zahl ist erschreckend. Dennoch sterben vergleichbar viele Deutsche jährlich aufgrund falscher Ernährung. Es

gilt also: Wer seine Gesundheit ruinieren möchte, kann dies (noch) ungestraft tun. Aber die Freiheit der RaucherInnen hört dort auf, wo sie die Gesundheit der NichtraucherInnen gefährdet. Rund 3.300 Menschen sterben jährlich in Deutschland, weil sie passiv rauchen (müssen). Während der EU-Feinstaubgrenzwert in Städten bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter liegt, wird in einigen Kneipen ein Wert von 1.800 Mikrogramm erreicht. Das völ-



Weg damit! -

■ Stellt euch nicht so an!

Seit Semesterbeginn hat das Göttinger Studentenwerk also ein Rauchverbot in allen Mensen und Cafeterien sowie in den Foyers und allen Verkehrswegen verhängt. Diesern Schritt wird mit Hinweis auf gesundheitlichen Schäden legitimiert. Das Göttinger Studentenwerk reiht sich somit in das Rauchverbot ein, das seit letztenm Sommersemester bereits von der Universitätsverwaltung in anderen Bereichen der Hochschule ausgesprochen wurde und welches

lige Rauchverbot des Studentenwerks ist aus Gründen des NichtraucherInnen-schutzes somit gerechtfertigt. Eine mildere Form, beispielsweise durch Ausweisung separater RaucherInnenbereiche, würde das Problem nicht lösen. Wer in Physik aufgepasst hat, weiß, dass sich der Rauch nicht an Hinweisschilder hält und sich im gesamten Raum verteilt. Überdachte RaucherInnenbereiche im Freien sollen die Nikotinsüchtigen gerne bekommen, aber nicht auf Kosten der NichtraucherInnen überdachen lassen. Wozu gibt es schließlich Regenschirme?

auch ganz hervorragend in die aktuelle öffentliche Diskussion passt.

Soviel vorweg: In einem gewissen Rahmen ist ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen sicherlich sinnvoll, zumal gerade in letzter Zeit verschiedene wissenschaftliche Studien verschärft auf die Gefahren des Passivrauchens hingewiesen haben. NichtraucherInnen-schutz ist wichtig.

Ein totales Verbot aber, das RaucherInnen, die immerhin einen Anteil von über 30% an der Gesamtbevölkerung stellen – unter der Studierendenschaft wahrscheinlich sogar wesentlich mehr – aus allen Räumen der Universität verbannt, scheint übertrieben, zumal keine Ausweichmöglichkeiten
Fortsetzung auf Seite 6

angeboten werden. Denkbar wäre eine klare räumliche Trennung zwischen RaucherInnen- und NichtraucherInnenbereich in den Cafeterien - vorausgesetzt dies ist baulich möglich, oder der Schaffung von – in Gedenken an die Göttinger Wetterlage - , im besten Fall überdachten RaucherInnenecken im

Freien. Auch eine Orientierung an der freiwilligen Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und der Dachorganisation der Deutschen Hotels und Gaststätten, in dem diese sich dazu verpflichten einen bestimmten Platzanteil vollkommen rauchfrei zu halten und dieses Angebot kon-

tinuierlich auszubauen, wäre denkbar gewesen.

Ein totales Verbot, das die RaucherInnen aus den Cafeterien, mit ihren – gemessen an der tagtäglichen Frequentierung durch rauchende Individuen - angemessenen großen RaucherInnenbereichen, inklusive sämtlicher Außenbereiche, vertreibt, ist schikanös.

Wer wir sind und was wir wollen!

Eine Selbstdarstellung für alle, die uns noch nicht kennen.

Die Juso-Hochschulgruppen sind der Studierendenverband der Jusos und der SPD. Bundesweit gibt es mehr als 60 aktive Gruppen, die in den örtlichen Studierendenvertretungen mitarbeiten, in der Sozialberatung aktiv sind oder die Studierenden in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung vertreten. Mit dem Anspruch, die SPD zu bewegen, machen wir uns nicht nur für bildungs-, sozial- und wissenschaftspolitische Verbesserungen stark, sondern wir entwickeln in vielen brisanten politischen Fragen eigene Positionen. Bei bildungspolitischen Organisationen sind die Juso-Hochschulgruppen als Gesprächspartner und Sachverständige geschätzt. Nicht zuletzt verschaffen wir den Studierenden mit Aktionen und Veranstaltungen in der Öffentlichkeit Gehör und tragen unsere Positionen in die politische Debatte.

ORGA

Wir, die Juso-Hochschulgruppen, sind für alle offen, die an einer emanzipatorischen und zukunftsgerichteten Politik an den Hochschulen interessiert sind. Egal ob mit oder ohne SPD-Parteibuch.

Basis und Schwerpunkt der Juso-Hochschulgruppen ist die örtliche Hochschulgruppe und die Arbeit in den Gremien der akademischen und studentischen Selbstverwaltung. Da die Entscheidungshoheit über Bildung in weiten Teilen bei den Ländern liegt, treffen sich die Juso-Hochschulgruppen mehrfach im Semester auf Landesebene zu Landeskoordinierungstreffen (LKT), um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte abzusprechen. Auf Bundesebene findet einmal pro Semester ein Bundeskoordinierungstreffen (BKT) statt, die Bundesversammlung der Juso-Hochschulgruppen, um den Rahmen für die politischen Zielsetzungen und Aktivitäten abzustecken. Auf diesen Treffen werden im Jahresrhythmus der/die Bundesgeschäftsführer/-in sowie die Mitglieder des Bundesvorstandes (BuVo) gewählt.

Der/die BundesgeschäftsführerIn sowie der BuVo (5-9 Personen) koordinieren die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen. Zu ihrer Arbeit gehört die Vertretung der Juso-Hochschulgruppen in den Gremien der SPD und der Jusos, sowie gegenüber den

BündnispartnerInnen in Hochschulen und Gesellschaft. Außerdem trägt der Vorstand für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene Verantwortung. Regelmäßig werden thematische Arbeitskreise und Seminare (Hochschulpolitik, Rechtsextremismus, Rhetorik, Verbandsarbeit...) organisiert, die allen Juso-HochschulgrüplerInnen offen stehen. Zur Institution geworden sind die im Sommersemester stattfindenden Kongresse der Juso-Hochschulgruppen in Berlin. Zu dem gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion veranstalteten Kongress letztes Jahr im Mai kamen über 350 Teilnehmer.

■ Geschichte

Als Studierendenorganisation der Jusos und der SPD folgten die Juso-Hochschulgruppen auf SDS und SHB, die sich aus der Sozialdemokratie politisch verabschiedet hatten. Die Hochschulgruppen entstanden ab 1973 als Selbstorganisation undogmatisch und reformerisch orientierter Jusos und linker Unorganisierter. Ihre organisatorische Basis erweiterte sich rasch, 1974 wurden sie offiziell

und bundesweit als Projektgruppen der Jusos anerkannt. In den folgenden Jahren wurden die Juso-Hochschulgruppen zu einem der größten Studierendenverbände der Bundesrepublik. Bis heute sind sie eine konstante Größe.

Im Zuge der friedlichen Revolution in der DDR entstand im Dezember 1989 dort der Bund Sozialdemokratischer Studierender (BSDS). Für ihn war es wichtig, dazu beizutragen, die Studierenden aus der staatlich verordneten Unmündigkeit herauszuführen und bei der Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft mitzuwirken.



Für den BSDS war eine Vereinigung mit den Juso-Hochschulgruppen 1991 vor allem deshalb möglich, weil die Juso-Hochschulgruppen frühzeitig an der Seite der demokratischen Opposition gestanden hatten und weil deutlich wurde, dass auch bei einem engen Bezug zur SPD eine eigenständige Politik möglich ist.

■ Inhaltliche Schwerpunkte

Wir treten ein für eine Neufassung der Ausbildungsförderung: Die Bafög-Reform der rot-grünen Bundesregierung war ein Schritt hin zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem. Diesem Schritt müssen aber weitere folgen! Nun müssen strukturelle Änderungen im Bereich der Ausbildungsförderung folgen, um das BAföG durch Elternunabhängigkeit, mehr Flexibilität und Verteilungsgerechtigkeit den veränderten Lebens- und Studienbedingungen anzupassen. So sollten Kindergeld, Elternfreibeträge und andere Leistungen zusammengelegt und den Studierenden direkt ausbezahlt werden. Denn der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

■ für ein gebührenfreies Studium: Wir lehnen Studiengebühren in jeglicher Form – also auch Studienkonten, Bildungsgutscheine und all die anderen Spielformen – ab. Wir kämpfen weiterhin für ein generelles Verbot von Studiengebühren.

■ für die Gleichberechtigung von Frau und Mann: Auch an den Hochschulen wird es deutlich: Frauen und Männer sind in

unserer Gesellschaft noch lange nicht gleichberechtigt. Das muss sich ändern!

■ für eine Demokratisierung der Hochschulen: Mehr Demokratie wagen! Diese Forderung muss auch an den Hochschulen gelten. Daher unterstützen wir die bereits beschlossene bundesweite verpflichtende Einführung der Verfassten Studierendenschaft, die Studierenden mehr Einfluss an den Hochschulen gewährleistet. Auf dieses Ziel haben wir gemeinsam mit BündnispartnerInnen lange hingearbeitet. Zudem sind Studierende als größte Gruppe an den Hochschulen in den Gremien der Unis stark unterrepräsentiert. Wir fordern eine paritätische Besetzung der Gremien – soweit das Verfassungsgerichtsurteil von 1973 das zulässt.

■ für eine qualitative Studienreform: Die momentanen Studienreformbewegungen, die sich an den Bedürfnissen des Marktes orientieren halten wir für problematisch. Dennoch muss sich das Studium verändern: Eine Öffnung der Hochschulen, die Integration von Weiterbildung, eine internationale Zusammenarbeit etc. sind gut und richtig. Die Frage ist also nicht Studienreform: ja oder nein, sondern wie. Eine qualitative Studienreform wollen wir mit unseren BündnispartnerInnen mitgestalten.

Komm vorbei! Denn die Juso-Hochschulgruppen sind ein offener Treffpunkt für interessierte Studentinnen und Studenten, die Hochschulpolitik vor Ort mitgestalten möchten.

EinsteigerInnen-Abend der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

am Donnerstag, den 09.11.2006
um 20 Uhr c.t. im Seminarraum des AStA
Goßlerstr. 16a

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Smokers Paradies

In Zeiten in denen Genussraucher, jene entspannten, freundlichen Menschen also, aus allen Ecken des öffentlichen Lebens verbannt werden, scheint diese Meldung schon beinahe wie eine religiöse Erscheinung.

SMINT heißt sie und steht für Smokers International Airways - einer Fluglinie nur für Raucher. Und das Geschäftskonzept läuft scheinbar so gut, dass jetzt noch Raucherferienparks folgen sollen. Vielleicht auch eine Idee für die Georgia-Augusta? Vorstellbar wäre es.

Eine reine Rauchermensa? Statistik II für Raucher? Zumindest im ZHG müsste man nur die Schilder in den Hörsälen entfernen, die einen noch freundlich bitten nicht zu rauchen - ja in der Tat der Ton hat sich verändert.

Die Universität könnte sich so gegen den Mainstream stellen, würde auffallen und dadurch vielleicht auch wettbewerbsfähiger werden? Mehr rauchende Studienanfänger würden nach Göttingen kommen. Wer redet da noch von München? Hier bin ich Mensch - Hier darf ich rauchen.

Da Raucher bekanntlich nicht so viel schmecken, weil ihnen das erfrischend süchtig machende Nikotium den Hals verklebt gibt es heute mal was Scharfes aus Indien. Daher wo man über unsere Probleme lachen würde.

Hähnchenfilets in kleine Streifen schneiden und leicht von beiden Seiten anbraten. Danach ein kleines Ingwerwurzelstück klein hacken und durch die Knoblauchpresse pressen. Zwiebel klein schneiden und zu dem Fleisch geben. Ebenso den

Knoblauch pressen und dazugeben. Kurz mitdünsten. Dann Apfelkompott und Creme fraiche unterrühren. Gewürze einstreuen. Zum Schluss tropischen Fruchtcocktail aus der Dose bzw. frische tropische Früchte, dazugeben.

Eine Orange schälen und die Orangenstücke mundgerecht schneiden und darunter heben. Um ein harmonisches Aroma zu erzielen etwas von der Orangenschale abreiben und dazugeben.

Etwas Orangenschale und Safranfäden zum Garnieren zurückbehalten und kurz vor dem Servieren frisch drüberrieseln. Anschließend mit einigen tropischen Fruchtstückchen anrichten und mit Mandelblättchen bestreuen. Zum Glück regt Rauchen die Verdauung an.

Euer proletarischer Siebeck